

Das Thema dieser Untersuchung lässt sich gut durch eine kurze Lektüre eines Kapitels aus dem Buch „Die deutsche Arbeit“ verdeutlichen. Mit seinem 1862 erschienenen Werk verfasste der Volkskundler und Kulturhistoriker Wilhelm Heinrich Riehl eine Lobeshymne auf die Arbeit und insbesondere auf die deutsche Arbeit. Diese zeichne sich im Gegensatz zum Arbeitsverhalten anderer Völker durch ihre besondere Arbeitskraft und Arbeitslust aus und begründe damit den weltgeschichtlichen Ruhm des deutschen Volkes. Doch nicht alle Deutschen würden diesem Ethos und Eifer folgen. Das Gegenbild zur „sittlichen“ Arbeit ist für Riehl die Arbeit des Verbrechers. Diese von ihm so benannte „Gaunerarbeit“ definiert er als eine „auf den Kopf gestellte Arbeit“, genauer als eine „negative Arbeit“, „welche sich in sich selbst vernichtet“ (Riehl 1862, S. 245). Der Grund dafür liege darin, dass die „Gaunerarbeit“ nur aus eigennützigen Motiven heraus durchgeführt wird und dass sie allein auf einen „gewaltsam weggenommen Vortheil“ aus ist. Dabei finde sie „ihre höllische Freude daran, die Gesetze der sittlichen Arbeit zu zerreißen oder in ihr Zerrbild zu verkehren“ (ebd., S. 249). Verbrecher würden sich dadurch auszeichnen, dass sie „gewinnen wollen ohne zu arbeiten“ (ebd., S. 250).

Die strafrechtliche Reaktion auf diese negative Arbeit beschreibt Riehl folgendermaßen: Die „Gaunerarbeit“ wird

„umgekehrt bestraft durch die ehrliche Arbeit. Wie der Gauner gefrevelt hat gegen die sittlichen und wirtschaftlichen Gesetze der Arbeit, so lehrt ihn die Arbeit, nämlich die Zwangsarbeit des Zuchthauses, alle jene Dinge, welche er auf den Kopf stellt, naturgemäß wiederum auf ihre Beine zu stellen [...]. Der Gauner hatte die Arbeit zerstört, trotzdem aber den Lohn eines Arbeiters sich weggenommen; nun soll er arbeiten ohne Lohn, dabei aber den Segen des Erfolgs und Gewinnes selbst in der Kerkerzelle ahnen“ (ebd.).

Der Straftäter soll also durch den Zwang zur ehrlichen Arbeit bestraft und gleichzeitig zur sittlichen Arbeit, die als eine freie persönliche Tat bestimmt wird, erzogen werden. Rhiel liefert hier eine interessante Analyse der Verbrechensbekämpfung, indem er die strafrechtlichen Begriffe von Verbrechensursache, Strafe und Zweck von Strafe anhand dreier verschiedener Formen von Arbeit darstellt. Dabei unterscheidet er die negative Arbeit des Verbrechers von der strafrechtlichen Zwangsarbeit, die wiederum nicht mit der ehrlichen Arbeit auf eine Stufe zu stellen ist. An der Stelle, an der Rhiel jedoch versucht, ein kontinuierliches Verhältnis zwischen den Arbeitsformen herzustellen, gerät der Autor in gewisser Hinsicht in einen Konflikt, sofern die Zwangsarbeit nach seiner Auffassung eben gerade *nicht* frei ist. Somit ist sie letztlich genau wie die „Gaunerarbeit“ keine „wahre“ bzw. „ehrliche“ Arbeit und es stellt sich die Frage, wie diese Kluft von nicht-freier Zwangsarbeit und (Motivation zu) freier Arbeit als Erziehungsergebnis zu schließen ist. Aus der Unterscheidung von freier und unfreier Arbeit folgert Rhiel vorerst eine eingeschränkte erzieherische Perspektive: „Man muß wohl sagen: nicht der Geist der ehrlichen Arbeit, sondern bloß der äußere Mechanismus derselben bildet das Haupterziehungsmittel im Zuchthause“ (ebd., S. 256). Mit diesem Mechanismus ist erst einmal nicht mehr gewonnen als die Herstellung eines normgerechten Verhaltens, nämlich zu arbeiten. Die Kluft zwischen Zwangsarbeit und freier Arbeit bleibt bestehen.

Diese Kluft ist nun nach Rhiel interessanterweise jedoch letztlich potentiell überbrückbar: Er beschwört die „menschenbezwingende Macht des Arbeitsgeistes“, der manchmal zuschlägt und den Übergang von der negativen zur positiven Arbeit ermöglicht. Rhiel ist also der Überzeugung, „[...] daß schon das bloße Außenwerk der ehrlichen Arbeit, der bloße Mechanismus, wenn man will der bloße Schein, wie eine sittliche bändigende Macht den Züchtling packt und ihn gar manchmal wider Willen hineindrängt in den Geist der ehrlichen Arbeit“ (ebd.). Wie dies genau vonstatten gehen soll, wird nicht näherhin erläutert. Dieser Glaube an die sittliche Wirkmächtigkeit von Arbeit und der Glaube an die Möglichkeit, das Verhältnis von Verbrechen und Strafe durch Differenzierungen von Arbeitsformen und Arbeitsverhalten abbilden zu können, findet sich nun nicht nur bei einem Volkskundler in der Mitte des 19. Jahrhunderts, sondern ist bis heute ein Kennzeichen des modernen Strafrechts.

Die vorliegende Studie versucht die Bedeutung dieses Glaubens bzw. dieser Programmatik für die Strukturen des Strafrechts genauer zu analysieren und zwar bezogen auf die Wirkungen für den Personenkreis, der keine Arbeit hat, nämlich die Erwerbslosen. Der Gegenstand der Untersuchung ist eine Sanktionsform, die – folgt man den kriminalpolitischen Darstellungen – das obige Dilemma aufzulösen versucht, indem sie gleichzeitig Strafe und freiwillige Arbeit dar-

stellt und dies programmatisch in ihrem Namen zum Ausdruck bringt: Es geht um die sogenannte freie Arbeit.

## 1.1 Thema und Fragestellung<sup>1</sup>

Diese Untersuchung befasst sich mit der historischen Entwicklung und der aktuellen Bedeutung der sogenannten *freien Arbeit* im Rahmen der Tilgung von uneinbringlichen Geldstrafen in der deutschen Strafpraxis. Die freie Arbeit ist eine unentgeltliche gemeinnützige Arbeit (Art. 293 EGStGB). Sie gilt als eine ambulante Sanktion, mittels derer ein strafrechtliches und kriminalpolitisches Problem behoben werden soll, das sich wie folgt darstellen lässt: Im letzten Jahrhundert wurde im Zuge der Verdrängung der (kurzen) Freiheitsstrafe die Geldstrafe (§ 40 StGB) zur Hauptsanktionsart in der deutschen Rechtspraxis. Bei zahlungsunfähigen Verurteilten ist die Vollstreckung der Strafe nicht möglich. Eine Sanktionierung kann aber nach herrschender Meinung nicht ausbleiben, so dass an die Stelle der Geldstrafe die ersatzweise Vollstreckung einer (Ersatz-)Freiheitsstrafe tritt (§ 43 StGB). Dies ist jedoch aus strafrechtlicher Sicht ein Problem, weil hier nur aus Gründen der schwachen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine Strafverschärfung eintritt. Ein solches Zusatzübel ist nach dem Schuldgrundsatz, wonach Tatbestand und Rechtsfolge sachgerecht aufeinander abgestimmt sein müssen, d.h. die verhängte Strafe die Schuld des Täters nicht übersteigen darf (BVerGE 45, 187 (226)), nicht vereinbar.<sup>2</sup> In den 1980er Jahren verschärfte sich dieses Dilemma auf praktischer Ebene, da es im Zuge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auch zu höheren Inhaftiertenzahlen kam. In der Diskussion darüber waren es auch vor allem kriminalpolitische Argumente, mit denen diese Situation kommentiert wurde: So ist in der täglichen Praxis der Kurzstrafenvollzug, um den es sich dabei größtenteils handelt, besonders aufwendig. Infolgedessen wird die Vollstreckung von uneinbringlichen Geldstrafen in Form der Haftstrafe zu einem Kostenfaktor der Landesjustizhaushalte. Diese Entwicklung widersprach zudem dem großen

- 
- 1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung von männlichen und weiblichen Sprachformen verzichtet. Es wird der männliche Genus auch dort verwendet, wo beide Geschlechter gemeint sind. Wo es möglich ist, wird eine geschlechtsneutrale Ausdrucksweise verwendet.
  - 2 Der Strafrechtler Heinz Zipf hatte dies in seiner Monografie zur Geldstrafe im Jahre 1966 so formuliert: „Diese Umwandlung stellt eine schwere Ungerechtigkeit dar [...]. Wer also statt der milderen Strafart der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen muß, steht zweifellos schlechter und wird damit wider das Gebot der Gerechtigkeit wegen seiner Zahlungsunfähigkeit im Ergebnis härter bestraft“ (1966, S. 34).

Reformprojekt des 20. Jahrhunderts, der Zurückdrängung der kurzen Freiheitsstrafen, die als besonders schädlich in Bezug auf die resozialisierende Wirkung gelten.

Letztlich kamen damit wieder Argumente ins Spiel, die von Beginn an die Diskussion um die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Geldstrafe begleitet hatten und die sich mit der Suche nach einer gleichwertigen Alternative im Falle der Mittellosigkeit verbanden. Hier spielte und spielt Arbeit die wichtigste Rolle: Dem armen Verurteilten soll die Möglichkeit gegeben werden, seine Strafe durch Arbeit zu tilgen und so die Inhaftierung abzuwenden. Entscheidend ist hierbei vor allem die Vergleichbarkeit der Ersatzstrafe: Während der Geldstrafenzahler diese von seinem Einkommen zahlt, das er für seine Arbeit erhält, so zunächst der Grundgedanke, kann derjenige ohne Einkommen alternativ dazu direkt seine Arbeitsleistung anbieten.

Obwohl man sich nun schon Ende des 19. Jahrhunderts über die Einführung der „Strafarbeit ohne Einsperrung“ weitgehend einig war, die dann die Bezeichnung „freie Arbeit“ erhielt und während der Weimarer Republik auch gesetzlich geregelt wurde, ist die Implementation in der Rechtspraxis erst in den 1980er Jahren in der Bundesrepublik festzustellen. Seit den 1990er Jahren hat sich die freie Arbeit dann bundesweit durchgesetzt und (regional unterschiedlich) eine empirisch erhebliche Relevanz im Rahmen der Geldstrafentilgung erlangt. Dabei wurde zunehmend auf sozialpädagogische Fachkräfte für die Beratung, Vermittlung, Betreuung und Kontrolle der Arbeitsmaßnahmen zurückgegriffen, mit denen der Erfolg der Maßnahmen gewährleistet werden sollte.

Aber lässt sich mit dieser Konstruktion tatsächlich die soziale Benachteiligung von einkommensschwachen bzw. erwerbslosen Geldstrafenschuldnern beheben? Dieser Frage geht die vorliegende Untersuchung nach. In der aktuellen Debatte wird die Frage eindeutig bejaht: Die freie Arbeit gilt als ein kriminalpolitisches Erfolgsprojekt, mit dem sich sämtliche Landesjustizverwaltungen gern schmücken. Stellvertretend sei hier aus der Darstellung des Justizministeriums Baden-Württemberg zitiert, die dem Sinn nach den Pressemitteilungen und Stellungnahmen der übrigen Ländern weitestgehend entspricht. Danach ermöglicht das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ Verurteilten, „die Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe durch Leistung gemeinnütziger Arbeit abzuwenden, wenn die in erster Linie verhängte Geldstrafe auch in Raten nicht bezahlt werden kann.“ Mit diesem Projekt

„werden nicht nur Haftkosten gespart, sondern auch unnötige Gefängniserfahrungen vermieden. Verurteilte, die schon lange arbeitslos sind, können wieder einen geregelten Arbeitsrhythmus erlernen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt er-

höhen. Auch kommt die gemeinnützige Tätigkeit der Allgemeinheit zugute. In den letzten Jahren konnten bis zu 190.000 Hafttage und damit ca. 1,9 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden.<sup>3</sup>

Betont werden also die Einsparung von Haftkosten, die Vermeidung negativer Haftwirkungen, die Integration von Arbeitslosen in Arbeitsprozesse und die Leistung fürs Gemeinwohl. Die Sanktion ist, wie es der sächsische Justizminister Mackenroth ausdrückt, „für alle Seiten ein Gewinn“.<sup>4</sup> Die Justizverwaltungen sparen durch die Vermeidung der Haft Kosten ein. Aus Sicht der Kriminalpolitik ergibt sich eine gesellschaftliche Befriedigung dadurch, dass eine notwendige Strafsanktion vollstreckt, etwas fürs Gemeinwohl geleistet und gleichzeitig mittels Arbeit resozialisierend auf den Betroffenen eingewirkt wird. Für den Verurteilten liegt der Vorteil darin, dass er durch die Arbeitsleistung die Inhaftierung abwendet.

Diese Sichtweise wird nicht nur von den Justizverwaltungen vertreten. Sie findet sich parteiübergreifend auch in den politischen Debatten wieder. Und auch die Fach- und Wohlfahrtsverbände sehen in der freien Arbeit eine gelungene Neuerung und fordern den Ausbau der für diese Sanktionsform notwendigen Strukturen, also die Gewährleistung einer sicheren Finanzierung von Fachvermittlungsstellen, in denen die sozialpädagogische Beratung erfolgen kann, sowie die Organisation geeigneter gemeinnütziger Einsatzstellen, bei denen eine gute gemeinnützige Arbeit auch erfolgen kann (z. B. DBH und Paritätischer Wohlfahrtsverband 2004; BAG-S 2003). Die Beteiligung der Sozialen Arbeit in dieser Sanktionsform wird dabei von den Fachverbänden und der Literatur wie folgt begründet: Der Sozialen Arbeit geht es hier um die „[...] Herstellung von Chancengleichheit, um die Vermeidung sozialer Ausgrenzung, um die Schaffung von Lern- und Integrationschancen für sozial benachteiligte Klientinnen und Klienten“ (Kawamura-Reindl und Reindl 2010, S. 10). Bei der Sanktionsalternative handele es sich um „eine Art kriminalpolitischer Notlösung für ein soziales Problem“ (ebd.), durch die die Einsperrung von Personen verhindert werden soll, gegen die eigentlich nur eine Geldstrafe verhängt worden ist, die diese aber aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten nicht bezahlen können. Gleichzeitig soll den Betroffenen mit dieser Arbeit die Chance der (Re-)Integration geboten werden (ebd.; DBH und Paritätischer Wohlfahrtsverband 2004).

Diese Untersuchung stellt nun sowohl die gängige kriminalpolitische Bewertung der freien Arbeit als Erfolgsprojekt als auch die dargestellte Funktion der Sozialen Arbeit in der Umsetzung der Sanktion in Frage. Sie verfolgt die These,

---

3 <http://www.jum.baden-wuerttemberg.de/pb/Lde/1145831>. Zugegriffen: 03.07.2015.

4 Pressemitteilung des Staatsministeriums für Justiz und Europa Sachsen vom 27.3.2009.

dass die freie Arbeit letztlich nicht als eine ambulante Alternative zur (Ersatz-) Freiheitsstrafe richtig bestimmt ist, sondern als eine eigenständige Arbeitssanktion für den Personenkreis, der mit der Geldstrafe nicht zu erreichen ist, für den die Vollstreckung einer Haftstrafe aber nicht angemessen ist. Zunächst könnte sich eine solche Sanktion als eine sinnvolle Ergänzung zu den Sanktionen Geld- und Freiheitsstrafe erweisen. Dies verhält sich insbesondere so, wenn man davon ausgeht, dass die Geldstrafe bei Personen, die am Rande des Existenzminimums leben, keine sinnvolle Anwendung finden kann. Aber die freie Arbeit beinhaltet zwei grundsätzliche Probleme: Zum einen ist die selektive Verwendung problematisch. Die freie Arbeit ist begrenzt auf einen Personenkreis, der durch seine ökonomische Deprivation gekennzeichnet ist. Faktisch handelt es sich hier um eine „Arbeitsstrafe für Arme“. Zu prüfen ist nun, ob es sich hierbei um eine gerechtfertigte ungleiche Behandlung aufgrund ungleicher Lebensverhältnisse handelt oder um eine dem Gleichheitsgrundsatz widersprechende unrechtmäßige Diskriminierung bestimmter Personengruppen. Damit verbunden ist zweitens die Frage, ob denn die freie Arbeit bezüglich ihrer Strafintensität eine gleichwertige Alternative zur ursprünglich verhängten Geldstrafe darstellt, oder ob sie für die Betroffenen eine Strafverschärfung bedeutet.

Dies zu überprüfen und eine genaue Bestimmung der freien Arbeit im Kontext der Geldstrafenvollstreckung vorzunehmen, ist Ziel dieser Untersuchung. Mit dieser Fragestellung reiht sich das vorliegende Buch in die Forschung zu der mittlerweile klassischen Frage ein, inwieweit es im Rahmen der Strafverfolgung zu einer selektiven Benachteiligung von Personen kommt, die wenig Geld haben. Auf den Forschungsstand dieser Frage insbesondere bezogen auf die Geldstrafe und ihre Surrogate wird nun eingegangen werden.

## **1.2 Soziale Ungleichheit und Diskriminierung in der Strafverfolgung**

Mit der Fragestellung, inwieweit Personen mit geringem oder gar keinem Einkommen aufgrund dieser Tatsache einer Strafverschärfung ausgesetzt sind, haben sich bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre zahlreiche Studien beschäftigt, als die Frage nach der schichtspezifischen Selektivität der Institutionen sozialer Kontrolle die Diskussionen in der sich in dieser Zeit entwickelnde kritische Kriminologie bestimmte. Ausgangspunkt dieser Fragestellung war die Feststellung, dass unter den Personen, die im Fokus der obigen Institutionen der sozialen Kontrolle standen, Angehörige der unteren sozialen Schichten deutlich überrepräsentiert waren. Dies führte im Rahmen der Kritik an bisherigen ätiologischen Modellen

in der deutschen Kriminologie, die die Kriminalität als Folge individueller Pathologien betrachtete (teils als angeborene, teils als in der Sozialisation erworbene), und der Rezeption des Labeling-Approaches aus den USA (Sack 1968), der den Blick weg von den „Kriminellen“ hin zu den Instanzen, die Verhalten erst als „kriminell“ definieren richtete, zu einer kritischen Überprüfung der selektiven und diskriminierenden Strukturen und Arbeitsweisen dieser Institutionen.

In empirischen Untersuchungen wurden das Anzeigeverhalten (Blankenburg 1969), die Arbeit der Polizei (Albrecht und Sack 1969), der Staatsanwaltschaft (Blankenburg 1973), der Gerichte (Peters 1973) wie auch der Gesetzgebung (Schumann 1974) hinsichtlich der Frage untersucht, inwieweit die soziale Stellung des Beschuldigten zu einer ungleichen Sanktionierung führe (vgl. Übersicht bei Geißler 1987, S. 146ff.). Rainer Geißler fasst die Ergebnisse dieser Studien zur schichtspezifischen Kriminalisierung so zusammen, dass die unteren Schichten auf jeder Stufe (Anzeige, Verfahren, Verurteilung, Vollstreckung) geringfügig benachteiligt werden und sich dies summiert und sogar von Instanz zu Instanz stärker wird (ebd., S. 154f.).

Die Wirkung dieser Studien in den 1970er Jahren war allerdings begrenzt. Einerseits setzte eine Kritik an dem zumeist den Arbeiten zugrunde liegenden Schichtkonzept ein. In der soziologischen Theorie wurden zunehmend Individualisierungs- und Diversifizierungsprozesse jenseits von Klasse und Schicht als Ausdruck einer Auflösung von sozialen Milieus gedeutet (z. B. Beck 1986). Zum anderen verlor das Thema der sozialen Ungleichheit in der Kriminalsoziologie an Bedeutung bzw. wurde von anderen Themen wie beispielsweise dem Formenwandel sozialer Kontrolle (vgl. Ludwig-Mayerhofer 2000) oder der Diskriminierung von Ausländern verdrängt (vgl. Oberwittler und Lukas 2010). Kritische empirische Arbeiten zu den Selektionsmechanismen im Ausfilterungsprozess der Strafverfolgung wurden in der Folgezeit nicht weiter verfolgt (vgl. Cremer-Schäfer 2002, S. 89). Die These von der schichtspezifischen selektiven Strafverfolgung wird kontrovers bewertet: In der klassischen Kriminologie wird sie schlicht als zu simplifizierend (Kaiser 1993, § 27) oder als nicht belegt (Meier 2015, S. 256f.) zurückgewiesen. Zumindest gilt sie im Rückblick als „überschätzt“ (Karstedt 1996, S. 46). Demgegenüber wird in der kritischen Kriminologie weiterhin davon ausgegangen, „[...] dass sozioökonomisch Benachteiligte einem höheren Risiko unterliegen, verdächtigt, angezeigt, verurteilt und eingesperrt zu werden“ (Stehr 2008, S. 321).

Seit der Jahrtausendwende hat diese Debatte in anderer Form wieder an Gewicht gewonnen. Im Zuge der Diagnose eines grundlegenden Wandels der Kriminal- aber auch der Sozialpolitik wird in einem verstärkten Maße (u.a.) die Position der unteren Einkommensklassen und der kriminal- und sozialpolitische Umgang

mit diesen diskutiert. In der soziologischen Analyse findet sich dies in den diversen Diskussionen um Exklusion und soziale Ausschließung (vgl. Kronauer 2002), in der Rede von der „neuen Unterschicht“ (vgl. Chassé 2010), im strittigen Konzept der „Überflüssigen“ (vgl. Bude und Willich 2008) und insgesamt in der Transformation der Sozialpolitik unter dem Paradigma der „Aktivierung“ (vgl. Lessenich 2008). In der kriminologischen Analyse wird parallel dazu das Ende der kurzen Zeit einer „wohlfahrtsstaatlichen“, auf Resozialisierung ausgerichteten, Strafpolitik vermerkt („penal welfare“) und von einer neuen Kontrollkultur gesprochen (Garland 2008), die sich durch die Betonung des Sicherheitsgedankens und durch eine neue Straflust auszeichnet (vgl. Lautmann et al. 2004).

Ohne im Einzelnen auf diese Debatten eingehen zu wollen, bleibt festzuhalten, dass sie alle auf einen Transformationsprozess hinweisen, in Folge dessen Personen und Gruppen, die sich in Situationen des Ausschlusses von bestimmten Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe befinden, zunehmend für diese Situation selbst verantwortlich gemacht werden. Dieser Wandel betrifft den Kern des „alten“ Wohlfahrtsstaates, nämlich dessen „symbolische und materiale Konstruktion einer öffentlich-rechtlichen Verantwortlichkeit ‚der Gesellschaft‘ für ihre Mitglieder“ (Lessenich 2008, S. 16). Ersetzt wird dies durch ein auf Aktivierung und Eigenverantwortung setzendes Interventionsmodell des „aktivierenden Staates“, welches die Teilhabe an gesellschaftlichen Teilsystemen an Bedingungen knüpft. Personenkreise, die diese nicht erfüllen oder erfüllen können, sind vom Ausschluss bedroht. Dieser wird stellenweise als eine Form einer „gerechten Ausgrenzung“ (Dollinger und Schmidt-Semisch 2011a) legitimiert, die in der Verantwortung des Betroffenen selbst liegt und nun nicht mehr notwendig sozialstaatliche und kriminalpolitische Interventionen nach sich zieht, die an dieser Situation etwas ändern sollen. Vielmehr wird ein „Exklusionsmanagement“ notwendig, welches diese Gruppen in diesem Ausschluss verwaltet und den Rest der Bevölkerung vor dem Risiko einer möglichen Gefährdung schützt.

Ohne diese Analysen hier bewerten zu wollen, ist zunächst einmal festzustellen, dass weder die Geldstrafe, noch ihre Ersatzmittel in den beiden kurz skizzierten Diskussionen eine Rolle gespielt hat oder aktuell spielt. Dies erstaunt in zweierlei Hinsicht: Zum einen ist die dominierende Bedeutung der Geldsanktion für die moderne Sozialkontrolle offensichtlich. Seit vier Jahrzehnten werden gegenüber 80% der nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten Geldstrafen verhängt. Im strafrechtlichen Kontext sind zudem die Geldauflagen bei Verfahrenseinstellungen und Bewährungsstrafen quantitativ bedeutsam. Diese Bedeutung wird in einem noch stärkeren Maße sichtbar, wenn man weiter die Geldbußen im Ordnungswidrigkeitsrecht hinzuzählt, deren Anzahl noch um ein vielfaches höher geschätzt wird (vgl. Heinz 2014, S. 71). Welche Folgen hat aber eine solche



Dominanz der Geldsanktionen in einer Gesellschaft, in der in den letzten Jahren durchgehend und trotz steigender Beschäftigungszahlen ca. 20% der Bürger als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht gelten (Eurostat 2014)?

Neben dieser Frage erstaunt die fehlende Berücksichtigung der Geldstrafe in der obigen Debatte, weil der Ungleichheitsdiskurs dem Sanktionierungsmittel Geldstrafe selbst immanent ist. Die Geldstrafe trifft auf eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft. Die Frage, ob eine sozial ausgewogene Geldstrafe überhaupt möglich ist, beschäftigt die Strafrechtswissenschaft seit der Aufklärung. In den Strafrechtsreformdebatten, auf die noch ausführlich eingegangen wird, ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Frage immer präsent, wie die Geldstrafe zu einer zugleich wirksamen und gerechten Sanktion umzugestalten sei, d. h. wie Ungleiches so ungleich zu behandeln sei, dass eine gleiche Wirkung erzielt werden kann. Die soziale Ungerechtigkeit der Umwandlung einer uneinbringlichen Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe stellt dabei ein zentrales Motiv dar. Nach einer ersten Reformphase in der Weimarer Zeit, die unter sozialdemokratischer Regie durchgeführt wurde, bleiben diese Kritikpunkte im Wesentlichen bestehen. Rusche und Kirchheimer sprechen der Geldstrafe Ende der 1920er Jahre weiterhin einen „ausgesprochenen Klassencharakter“ zu, weil sie beim Wohlhabenden keine Wirkung erzielen kann, während sie bei der Mehrheit des Volkes zu schweren Einschränkungen und Entbehrungen nicht nur beim Gesetzesbrecher selbst, sondern auch zusätzlich bei seiner Familie führt ([1929] 1981, S. 245). Und auch für die Strafrechtskommission in der frühen Bundesrepublik steht eine Reform der Geldstrafenbemessung auf der Tagesordnung, weil sich „[...] die Geldstrafe über die Grenzen des Erträglichen hinaus zu einem unsozialen Rechtsinstitut entwickelt hat“ (Bt-Drs. IV/650, S. 169). Am Ende dieser Reformdebatte wurde 1969 die Einführung der Tagessatzgeldstrafe beschlossen, die eine weitgehende Individualisierung der Wirkung entsprechend der wirtschaftlichen Leistungskraft ermöglichen sollte.

Seitdem wird in den strafrechtlichen und kriminologischen Besprechungen davon ausgegangen, dass das Gerechtigkeitsdefizit bei sachgemäßer Anwendung weitgehend behoben werden kann. So kommt beispielsweise Grebing in der wohl ausführlichsten strafrechtlichen Untersuchung zur neuen Geldstrafe Ende der 1970er Jahre (1978a; 1978b) zu dem Ergebnis, dass die Geldstrafe nun auch bei den Armen nicht mehr nur als ein „Feigenblatt“ fungiere, „[...] das die Umwandlungsautomatik der Ersatzfreiheitsstrafe nur notdürftig verbirgt“ und damit dem Gleichheitsgrundsatz fundamental widerspricht. Stattdessen habe sie auf legislatorischer Ebene die Möglichkeit einer gerechten Strafpraxis geschaffen. Es sei jetzt eine „[...] Frage der Praxis, mit welchem Aufwand und Genauigkeit diese Leistungsfähigkeit durch die Behörden auch erhoben wird“ (1978b, S. 1210).

Schaut man sich die empirischen Forschungsarbeiten zur Geldstrafe an, kommt man zu einem anderen Ergebnis. Zunächst ist festzuhalten, dass die Verhängung und Vollstreckung von Geldstrafen, obwohl sie seit über vierzig Jahren ca. achtzig Prozent der Kriminalstrafen ausmachen, wie Helmut Janssen, der Verfasser der letzten Studie zur Geldstrafe, es ausdrückte, „weitgehend unerforschtes Gebiet“ sind (Janssen 1994, S. 84).<sup>5</sup> Zur Geldstrafe und ihrer Vollstreckung liegen somit in Deutschland seit 1975 (dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der heute noch geltenden gesetzlichen Regelung in §§ 40, 43 StGB) nur zwei repräsentative Studien vor. Zum einen die Arbeit von Hans Albrecht zur Einführung des Tagessatzsystems (1980). Er verglich anhand von Aktenanalysen in Baden-Württemberg die Strafzumessung und Vollstreckung von Geldstrafen in den Jahren 1972 und 1975 (die Tagessatzgeldstrafe wurde zum 1.1.1975 eingeführt). Zum anderen die Arbeit von Helmut Janssen (1994), die sich auf eine Aktenanalyse in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1990 bezieht (vgl. dazu auch Backes 1991). Das empirische Wissen ist also ausgesprochen dünn. Hinsichtlich der hier verfolgten Frage stimmen jedoch beide Studien überein in der Wahrnehmung erheblicher Probleme:

Albrecht belegt zunächst einmal, dass trotz der Einführung der Tagessatzgeldstrafe bezüglich der verhängten Geldsummen „keine wesentlichen Abweichungen“ festzustellen waren (1980, S. 313). In der Konsequenz blieb auch die Quote der Ersatzfreiheitsstrafen gleich. Die Einführung der Tagessatzgeldstrafe hatte somit keinen positiven Effekt auf die Verhinderung der Umwandlung der Geld- in eine Freiheitsstrafe im Falle der Zahlungsunfähigkeit. Albrecht kommt vielmehr zu der Einschätzung, dass bei Vorliegen bestimmter Merkmale wie Vorstrafenbelastung, Arbeitslosigkeit und bestimmten Delikten (speziell Diebstahl) die Geldstrafe nichts anderes als eine „verkappte Freiheitsstrafe“ sei (ebd. S. 317). Bei der Strafzumessung dürfe zwar aufgrund der normativen Vorgaben keine Freiheitsstrafe verhängt werden. Auf dem Wege der Vollstreckung werde diese Entscheidung aber „korrigiert“, d. h. bei Zahlungsunfähigkeit die Inhaftierung vollzogen (ebd. S. 313). Albrecht sieht hier nicht eine bestimmte „Handlungsstrategie einer Vollstreckungsbehörde“ am Werk, sondern erklärt diese Logik aus einem Aufeinandertreffen der normativen Vorgaben im Strafrecht und der oben genannten Merkmale. Eine Diskussion der Ergebnisse hinsichtlich der Frage, ob denn die

---

5 Janssen begründet diesen Mangel wie folgt: „Dies hängt sicherlich zum einen mit der überwiegend problemlosen Beendigung der Verfahren durch die Zahlung der Strafe zusammen. Zum anderen richtet sich die Freiheitsstrafe als solche auch an einen anderen, i.d.R. sozial problematischeren Adressatenkreis und ist sowohl deshalb als auch von den potentiell mit ihr verbundenen Konsequenzen (Strafverbüßung) kriminalpolitisch von größerer Bedeutung“ (1994, S. 84).

Armut und Strafe

Zur strafverschärfenden Wirkung von Armut im  
deutschen Strafrecht

Wilde, F.

2016, XII, 408 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11485-5